

# Die Rolle der Wirtschaftspolitik vor, in und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise

Heinz-J. Bontrup



Heinz-J. Bontrup

## Zusammenfassung

Die beratende Wirtschaftspolitik war nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl sozialstaatlich als auch keynesianisch, wenn auch nur im Sinne eines „Bastard-Keynesianismus“, ausgerichtet. Mit der schweren Wirtschaftskrise von 1974/75 entwickelte sich zunehmend ein auf den alten klassisch-liberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zurückgehendes neoliberales Paradigma mit marktradikalen Vorstellungen. Der Staat sollte hier wieder einen „Nachtwächterstaat“ spielen und die private Wirtschaft sich selbst überlassen werden. Wohin dies geführt hat, zeigt uns die seit 2007 ablaufende schlimmste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Über Nacht wurde zur Vermeidung einer „kapitalistischen Kernschmelze“ kurzfristig der „Bastard-Keynesianismus“ wieder entdeckt, und trotzdem ist von der herrschenden Politik nichts aus der Krise gelernt worden. Im Gegenteil, das neoliberale „Finanzkasino“ war nur vorübergehend geschlossen. Es ist daher höchste Zeit die vorliegenden wirtschaftspolitischen Alternativen umzusetzen, anders ist die nächste, dann aber womöglich nicht mehr beherrschbare schwere Wirtschaftskrise vorprogrammiert.

## 1. Vom Liberalismus zum Keynesianismus

Die Wirtschaftspolitik vor der 2007 ausgebrochenen schwersten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit acht Jahrzehnten (das Ende ist noch nicht in Sicht), hatte sich seit Mitte der 1970er Jahre sukzessive immer mehr zu einer einseitigen den Markt und das Private betonende Wirtschaftswissenschaft *zurückentwickelt*. Der klassische Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der das wirtschaftliche „Laissez-faire“, das „freie Spiel der Marktkräfte“ durch die „unsichtbare Hand“ (Adam Smith 1723-1790) des Wettbewerbs, der letztlich immer über einen flexiblen Preismechanismus zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Markt führen müsse, betont hatte, war vor dem Hintergrund der *Weltwirtschaftskrise* von 1929-1933 durch den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) längst widerlegt worden. Keynes konnte in seinem umfangreichen wissenschaftlichen Werk aufzeigen, dass ohne staatliche Intervention kein Vollbeschäftigungsgleichgewicht und damit letztlich auch kein stabiler Kapitalismus möglich ist. Im Gegenteil: Die sich selbst nach dem „Laissez-faire“-Prinzip überlassene marktwirtschaftliche Ordnung tendiere eher zu einem „*Unterbeschäftigungsgleichge-*

wicht“, bei dem keine Marktkräfte in Richtung Vollbeschäftigung wirken. Mit einer kreditfinanzierten *antizyklischen Staatsnachfrage* („deficit spending“) und mit einer gleichzeitig praktizierten *expansiven Geldpolitik* zur Senkung der Zinsen müsse der Staat die im Unterbeschäftigungsgleichgewicht in der Privatwirtschaft entstehende Nachfragerücke („deflatorische Lücke“) schließen. Sonst drohe eine langfristige das System destabilisierende Arbeitslosigkeit.

Leider wurde Keynes nach seinem Tod auf die Form eines kurzfristigen „Bastard-Keynesianismus“ (John Violet Robinson (1903-1983)), einer antizyklischen staatlichen Verschuldungspolitik reduziert, wozu Harald Mattfeldt feststellt, „(...) die vermeintlich mechanistische Zusammenhangs- und Gleichgewichtshydraulik seiner Argumentation (...) in den Lehrbüchern und im Studium der Wirtschaftswissenschaften (...) hat seit Jahrzehnten ganze Generationen von theoretischen wie praktischen Ökonomen davon abgehalten, sich mit den Implikationen und Reformpotenzialen des Keynesischen Werkes auseinanderzusetzen.“ Hier ist neben der antizyklischen auch die *linkskeynesianische Variante* von Keynes zu beachten. Er verlangt eben auch eine *dezidierte Umverteilungspolitik von oben nach unten* durch eine entsprechende staatliche Steuer- und Abgabepolitik. Damit stellt Keynes entgegen einem die Staatsverschuldung erhöhenden aber die Einkommens- und Vermögensverhältnisse stabilisierenden „Bastard-Keynesianismus“ die *Machtverhältnisse* in der kapitalistischen Gesellschaft in Frage. Dies ist letztlich auch der Grund für die gegen ihn bis heute von den Vermögensschichten und ihren politischen Interessenvertretern vorgebrachte Kritik. Keynes Werk umfasst neben dem Linkskeynesianismus aber auch noch eine *Langfristanalyse des Kapitalismus*. Hierauf hat Norbert Reuter noch einmal aufmerksam gemacht. Keynes analysierte und prognostizierte demnach drei Phasen nach dem Zweiten Weltkrieg. In der ersten Phase (*Wachstumsphase*) besteht ein erheblicher Bedarf an Investitionen, um die hohe Nachfrage (bedingt vor allem durch nachkrieglichen Wiederaufbau und Mangelwirtschaft) bedienen zu können. Die Investitionsbedarfe sind hier größer als die Summe der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis ( $I > S$ ). In der zweiten Phase (*Stagnationsphase*) entspricht dann das Investitionsvolumen weitgehend der Ersparnis ( $I = S$ ). Es wird aber einerseits schon relativ zum Einkommen weniger konsumiert und dadurch mehr gespart. Die Folge sind Wachstumsabschwächungen (Marktsättigungen). Und andererseits nimmt der Kapitalbedarf auf Grund einer Verengung renditeträchtiger Investitionsgelegenheiten und damit auch die reale Investitionsbereitschaft ab. In der dritten Phase (von Keynes als „*goldenes Zeitalter*“ bezeichnet) kommt es schließlich im Vergleich zum Investitionsvolumen (auf Vollbeschäftigungsniveau) zu einem höheren Sparniveau ( $I < S$ ). In Folge eines hohen Sättigungsgrades auf den Märkten gehen der Konsum und die Investitionen immer mehr zurück. Die private Ersparnis steigt. Die Wirtschaftspolitik muss jetzt, wie Keynes ausdrücklich betont, dem Sparen entgegenwirken, sonst droht *langfristige Arbeitslosigkeit* zumal gleichzeitig der technologische Fortschritt immer mehr voranschreitet. „Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welch ein wunderbar angenehmer Weg, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten.“ Weder die linkskeynesianische Politik noch der „Langfrist-Keynes“ setzten sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg als herrschende Doktrin entschei-

dend durch. Als Ausnahme sind hier, wenn auch nicht vollkommen, die skandinavischen Länder zu nennen.

## 2. Vom Keynesianismus zum Neoliberalismus

Dennoch konnte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest ein „Bastard-Keynesianismus“ – mehr oder weniger – weltweit etablieren. Auch in der Bundesrepublik Deutschland, die eine antizyklische Finanzpolitik in Form von deficit spending sogar im *Stabilitäts- und Wachstumsgesetz* 1967 nach der damaligen Wirtschaftskrise fixierte. So stellte noch 1971 der US-amerikanische Präsident Richard Nixon (1913-1994) fest: „Jetzt sind wir alle Keynesianer geworden“. Kurz danach aber, am 15. August 1971, kündigte die Nixon-Regierung in Anbetracht des zunehmenden Drucks ausländischer Dollarforderungen die in *Bretton Woods 1944* unter maßgeblicher Mitgestaltung von Keynes garantierte Einlösungsgarantie des US-Dollars gegen Gold auf, und im Dezember 1971 erfolgte in der *Washingtoner Währungsvereinbarung* eine Neufestsetzung von multilateral ausgehandelten Wechselkursen und eine Neufestsetzung des Goldpreises in Dollar. In Folge der sich aber dennoch immer mehr zuspitzenden Dollarkrise wurde endgültig im Februar 1973 das *System fester Wechselkurse* durch ein *System weitgehend flexibler Kurse* abgelöst und damit ein wichtiges internationales Regulierungsinstrument aufgehoben sowie der Wechselkurs zu einer *Spekulationsware* an den sich nun rasch ausweitenden internationalen Finanzmärkten gemacht. Im Jahr 1973 kumulierten aber noch weitere Ereignisse. Neben der Einführung flexibler Wechselkurse, die in allen Abwertungsländern steigende Importpreise auslösten, kam es im Herbst 1973 durch die Organisation der erdölexportierenden Staaten (OPEC) zusätzlich zu einem starken *Anstieg der Erdölpreise* (der sich 1979 wiederholte). Zumindest in den Abwertungsländern ergaben sich hierdurch starke *inflationäre Effekte*, die durch eine *restriktive Geldpolitik* bekämpft wurden und letztlich die schwere Wirtschaftskrise von 1974/75 auslösten. Die Krise markiert gleichzeitig den *Wendepunkt in der Wirtschaftspolitik*, weil sich das antizyklische keynesianische System neben dem entstandenen *Inflationsproblem*, das jetzt in Wirtschaftswissenschaft und Politik fast ausschließlich nur noch als Problem gesehen wurde, mit einem gleichzeitigen konjunkturellen Abschwung, mit *Stagnation* und *Arbeitslosigkeit*, konfrontiert sah. Die so entstandene und bisher nicht gekannte *Stagflation* (Stagnation und Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Inflation) ließ sich aber nicht bzw. nur mangelhaft über ein keynesianisches „deficit spending“ bekämpfen. Der endgültige Niedergang des Systems der Nachkriegsordnung wurde dann mit dem Wahlsieg von Margret Thatcher in Großbritannien im Jahr 1979 und mit der Präsidentschaft Ronald Reagans in den USA ab 1981 eingeläutet. Beide initiierten eine *neoliberale Revolution*, die zeitversetzt auf andere Länder überschwappte – auf Deutschland mit der Regierungsübernahme 1982 durch die schwarz-gelbe Kohl-Regierung und insbesondere ab 1998 unter der rot-grünen Schröder-Regierung bzw. mit der „Agenda 2010“ ab 2003. Das Ziel war letztlich eine *Umverteilung von unten nach oben*. Die Besitzeinkommensempfänger

sollten durch eine veränderte Steuer- und Abgabepolitik zu ihrem Vorteil und durch Lohnsenkungen der abhängig Beschäftigten reicher werden.

Dies musste aber theoretisch und politisch-ideologisch durch *marktradikale Konzepte* abgesichert und befördert werden. Hierzu zählte unter anderem die unternehmenspolitische Ausrichtung auf eine *Shareholder-value-Strategie*, die nach einer einseitigen maximalen Befriedigung von Profitinteressen verlangt. Hinzu kamen die Vorstellungen *effizienter Finanzmärkte* und der Ansatz *rationaler Erwartungen*, die beide von der Annahme ausgehen, dass Märkte sich selbst regulierende stabile Systeme seien. In diesen Kontext reiht sich auch der „*Washington Consensus*“ ein, bei dem der Staat wieder wie bei den Liberalen im 19. Jahrhundert, als „Störenfried“ und der Sozialstaat im Besonderen nur noch als „Kostgänger“ der privaten Wirtschaft und die Gewerkschaften als „Tarifkartell“ gesehen werden. Zur Verbreitung dieser neoliberalen Ideologie haben sich speziell in Deutschland in den letzten 20 Jahren mächtige „*Think Tanks*“ gebildet. Dazu gehören neben Unternehmerverbänden allgemein die herrschende Politik bis zur SPD, die meisten Medien sowie Institutionen von der Bertelsmann-Stiftung, über die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ oder Initiativen namens „Bürgerkonvent“, „Deutschland packt's an“ oder „Konvent für Deutschland“, alle von der privaten Wirtschaft finanziert, bis zu Vertretern aus dem Wissenschaftsbereich – insbesondere aus der Wirtschaftswissenschaft.

### 3. Die Folgen neoliberaler Politik

#### 3.1 Primäre und sekundäre Umverteilung

Der Marktfundamentalismus, von Neoliberalen letztlich als Ordnungsform für alle gesellschaftlichen Bereiche gepredigt, war eine Voraussetzung für die seit Mitte der 1970er Jahre intendierte *Umverteilungspolitik* von unten nach oben. Da die Wachstumsraten in Deutschland bereits ab Ende der 1960er Jahre kleiner ausfielen als die Produktivitätsraten, stiegen die *Arbeitslosenzahlen*, was wiederum über sinkende Einkommen und damit (reduzierte) Konsummöglichkeiten der Arbeitslosen zu einer weiteren Schwächung des Wirtschaftswachstums führte (erster Teufelskreis). Massenarbeitslosigkeit schwächt zum anderen die *Gewerkschaften* in den Tarifverhandlungen. Sie können produktivitätsorientierte reale Lohnsteigerungen nicht mehr durchsetzen, wodurch die Lohnquote und in Folge hiervon der private Verbrauch sinkt. Zusätzlich wird durch *Privatisierung öffentlicher Bereiche* und Sozialabbau die *soziale Spaltung* vertieft (zweiter Teufelskreis).

Für Deutschland sind im Ergebnis dieser neoliberalen Politik die jüngsten empirischen Befunde zu konstatieren: Von 2000 bis 2008 ist das Volkseinkommen um 356 Mrd. Euro gestiegen. Davon entfielen 230 Mrd. Euro oder 64,6% auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und 126 Mrd. Euro oder 35,4% auf die Arbeitnehmerentgelte (inkl. der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung). Diese enorme *Umverteilung* der marktbezogenen Primäreinkommen zugunsten der Kapitalklasse führte von 2000 bis 2008 zu einem *Sinken der Bruttolohnquote* und in Folge zu einem Anstieg der Bruttogewinnquote

um 7 Prozentpunkte. Zusätzlich kam es zu *lohninhärenten Umverteilungen* zu Lasten der unteren und mittleren Lohneinkommensklassen. Dies zeigt der Anstieg des *Niedriglohnssektors*. Außerdem wurden die *Sekundäreinkommen* (Einkommen nach staatlicher Umverteilung) ebenfalls zugunsten des Mehrwerts (Gewinn, Zinsen, Mieten/Pachten) durch eine kapitalfreundliche *Steuer- und Abgabepolitik* umverteilt. Wie in vielen anderen Ländern auch wurden erstens die *indirekten Verbrauchsteuern* bei Entlastung der *direkten Gewinn-, Einkommen- und Vermögensteuern* ausgebaut. Die Massensteuern, die Lohn- und Verbrauchsteuern, hatten in Deutschland in den 1960er Jahren am gesamten Steueraufkommen noch einen Anteil von gut 30%. Das heißt, 70% des Steueraufkommens entfiel auf Gewinn-, Einkommens- und Vermögensteuern. Heute haben sich die Anteile fast exakt umgekehrt: Der Anteil der Massensteuern liegt mittlerweile bei 70%. Zweitens hat im Bereich der sekundären Verteilung die *Sozialabgabepolitik* für eine zusätzliche Umverteilung von unten nach oben gesorgt. Hier stand und steht nach wie vor eine Senkung der *gesetzlichen Lohnnebenkosten* im Raum. Die Arbeitskraft sollte und soll weiter verbilligt werden. Zusammengefasst hat dies die *Steuer- und Abgabenquote* (also Steuern und Sozialabgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland massiv abgesenkt. Alle unsere internationalen Hauptkonkurrenten, mit Ausnahme der USA, haben mittlerweile in Summe höhere Steuer- und Abgabenquoten. Das Ergebnis dieser doppelten staatlichen Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben zeigt sich empirisch in der *Netto-Lohnquote*, die seit 1991, also seit der Wiedervereinigung, von 40,3% auf 33,0% im Jahr 2008 geradezu abgestürzt ist, während die Netto-Gewinnquote im selben Zeitraum von 25% auf 30% anstieg.

### 3.2 Mehr privater Reichtum und mehr öffentliche und private Armut

Im Ergebnis dieser primären und sekundären Umverteilung von unten nach oben, ist das *Nettogeldvermögen* der Deutschen bis 2008 auf rund 3 Billionen Euro angestiegen, davon allein in den letzten 10 Jahren um rund 1 Billion Euro. Das private Nettogeldvermögen belief sich 1991 auf 200% des Volkseinkommens und stieg bis 2008 auf rund 300% des Volkseinkommens an. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt für 2007 eine völlig disproportionale Verteilung des *gesamten Nettovermögens* in Höhe von 6,6 Billionen Euro (dazu zählen das gesamte Geld-, Immobilienvermögen und Produktivkapital) in Deutschland fest. 10% der Bevölkerung besitzen gut 60% und 20% gut 80% des gesamten Nettovermögens. In Deutschland zeigt sich gemäß der *gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung nach Sektoren* seit der Wiedervereinigung in Summe dieser neoliberal intendierten Politik der Umverteilung auf der einen Seite ein enormer *privater Reichtumszuwachs* und auf der anderen Seite eine starke Zunahme der *öffentlichen Armut* durch Staatsverschuldung (vgl. Tab. 1), aber auch eine Zunahme an *privater Armut*. Ebenso hat die *soziale Gerechtigkeit* unter dem neoliberalen Regime in Deutschland stark gelitten.

Insgesamt haben allein von 1991 bis 2008 die *privaten Haushalte* einen Vermögenszuwachs von gut 1.685 Mrd. Euro akkumuliert. Die *nicht finanziel-*

len Unternehmen wiesen dagegen mit 520 Mrd. Euro einen negativen Finanzierungssaldo auf und die *Finanzinstitute* (Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister) einen positiven Vermögenszuwachs in Höhe von 267 Mrd. Euro. Vermögende private Haushalte und die Finanzinstitute benötigen aber *Schuldner* (Kreditnehmer). Neben den nicht finanziellen Unternehmen war dies insbesondere der *Staat* mit einer zusätzlichen Neuverschuldung von knapp 820 Mrd. Euro.

Tab. 1: Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung der Sektoren und ihre Finanzierung von 1991 bis 2008 – Finanzierungssalden in Mrd. € –

Jahr	Private Haushalte	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzinstitute	Staat	Ausland
Summe	1.685,8	-520,3	267,8	- 819,5	- 613,8
JD	93,6	- 28,9	14,9	- 45,5	34,1

Quelle: Deutsche Bundesbank, Datenstand: Mai 2009

Ohne die zusätzliche Staatsverschuldung hätten die Privaten ihr Vermögen nur schwer verwerten und akkumulieren können. Die Steuer- und Sozialabgabenausfälle – auch auf Grund einer seit 35 Jahren in Deutschland bestehenden *Massenarbeitslosigkeit* – konnten durch entsprechende Staatsausgabensenkungen nicht kompensiert werden, zumal hier die Immanenz des Konjunkturzyklusses berücksichtigt werden muss. Im Abschwung müssen mindestens die *automatischen Konjunkturstabilisatoren* wirken, d.h., wachstumsbedingte Steuerausfälle sind durch zusätzliche Staatsverschuldung zu finanzieren. Die zuvor Einkommens- und Steuerbegünstigten geben hier gerne ihre so gewonnenen Ersparnisse an den Staat in Form von Krediten zurück und erhalten dafür Zinsen. Dies ist dann die *dritte Form der Umverteilung* von unten nach oben. Der Staat musste allein im Jahr 2008 fast 70 Mrd. Euro an Zinsen aufbringen. Zum Vergleich: Die gesamten *gewinnabhängigen Steuern* (Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag) lagen 2008 dagegen bei nur knapp 62 Mrd. Euro. Selbst wenn man dazu noch die Gewerbesteuer in Höhe von 40 Mrd. Euro und die Erbschaftsteuer mit gut 4 Mrd. Euro zählt, zeigt dies die mittlerweile politisch herbeigeführte *Einnahmen- und Ausgabensituation* des Staates, wenn nur zwei Drittel der staatlichen Zinsausgaben durch Gewinn- und Vermögensteuern abgedeckt werden. Allein zwischen 2000 und 2008 beliefen sich in Deutschland auf Grund der vorherrschenden Steuerpolitik die *Steuermindereinnahmen* auf 247 Mrd. Euro. Anders formuliert: Der Staat (über alle Gebietskörperschaften) hätte zwischen 2000 und 2008 insgesamt 247 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen vereinnahmen können, hätte er nicht ab 2000 eine von unten nach oben umverteilende Steuerpolitik betrieben, die nicht, wie dies Neoliberale immer wieder behaupten, zu mehr *Investitionen* und *Beschäftigung* geführt hat. Das Gegenteil war der Fall. Weniger Investitionen und weniger Beschäftigung, jedenfalls weniger Beschäftigung zu auskömmlichen Löhnen und Gehältern.

### 3.3 Aggressive Außenwirtschaftspolitik

Mit dem neoliberalen Paradigmenwechsel seit Mitte der 1970er Jahre in Richtung einer verstärkten privatisierten und globalisierten Welt war zusätzlich eine Rechtfertigungsideologie für weitere *Unternehmenskonzentration* (durch Fusionen) und Gigantomie gefunden. Der Öffentlichkeit wurde suggeriert, nur noch große, weltweit aufgestellte und agierende Unternehmen (Konzerne) seien international wettbewerbsfähig. Die Folgen haben nachhaltig mittelständische Unternehmen zu spüren bekommen. Aber auch die abhängig Beschäftigten und ebenso die Staaten bzw. die national ausgerichtete Politik gerieten unter Druck. Die marktmächtigen Konzerne erwarten nämlich eine Unterstützung zur *Eroberung von Weltmarktanteilen*. Dabei genügt heute allein schon die *Drohung* gegenüber Politik und Gewerkschaften, das eingesetzte Kapital abzuziehen und damit Arbeitsplätze zu vernichten. Außerdem setzt das Kapital zur Durchsetzung seiner ureigensten Profitinteressen ein eng gewebtes *Lobbyismussystem* ein, das bis zu korrupten und kriminellen Handlungen reicht. Vor dem Hintergrund bestehender Massenarbeitslosigkeit in Deutschland wurde so ein Großteil der durchgesetzten neoliberalen Politik der Umverteilung zu Lasten der Löhne in Form eines *Lohndumpings* auf den internationalen Märkten eingesetzt. Die niedrigen Lohnstückkosten verschafften den international agierenden Unternehmen einen entsprechenden Wettbewerbsvorteil. Gleichzeitig wurde damit der *Doppelcharakter wertschöpfender Arbeit* aufgehoben. Das Kaufkraftargument des Lohns schwindet, wenn das Einkommen über Exporte aus dem Ausland kommt. Mittlerweise betragen in Deutschland diese Exporte rund 50% des Bruttoinlandsprodukts. So bleibt aus Sicht der Unternehmer nur noch der *Kostencharakter des Lohns* – und Kosten sind zum Vorteil des Gewinns zu minimieren. Hier schlägt dann verstärkt die kapitalistische Rationalitätsfalle zu, und es kommt zu einer „*gespaltenen Konjunktur*“. Der Export boomt und die Binnenwirtschaft lahmt. Der *private Konsum* fiel wachstumsmäßig so gut wie ganz aus. Das in den letzten 20 Jahren in Summe nur geringe reale Wirtschaftswachstum kam fast ausschließlich aus dem *Außenbeitrag*. Die kumulierten *Leistungsbilanzsalden* in der europäischen EU-26 (ohne Deutschland) weisen von 2001 bis 2008 ein Defizit in Höhe von rund 900 Mrd. Euro aus. Mit Deutschland beträgt das Defizit aber nur noch 200 Mrd. Euro, wonach der „Exportweltmeister“ einen Überschuss in Höhe von 700 Mrd. Euro erzielt hat. So haben wir im *Windschatten des Euros*, d.h., geschützt vor einer den Wettbewerbsvorteil zunichte machenden Aufwertung, um uns herum alles niederkonkurriert und Marktanteile im Welthandel gewonnen sowie massiv zu gefährlichen Handelsungleichgewichten beigetragen.

## 4. Zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Folgen der neoliberalen Politik sind die grundsätzliche Ursache für Finanzmarktkrisen. Davon zeugten bereits die Finanzkrisen gegen Ende der 1980er und 1990er Jahre. Infolge der seit den 1970er Jahren immer stärker betriebenen welt-

weiten Umverteilung von unten nach oben hatten sich die *Finanzmärkte* aufgebläht und in Verbindung mit einer *deregulierten Finanzwirtschaft*, die zu einer vermehrten eigenständigen Geldschöpfung des Finanzsektors – am Geldmonopol der Notenbanken vorbei – geführt hat, ein *hochspekulatives Klima* geschaffen. Betrug das weltweite Finanzvermögen 1980 noch 12 Billionen US-Dollar, so lag der Wert 2007 bei rund 196 Billionen US-Dollar. Dies entspricht in 27 Jahren einer Steigerung von weit über 1.500 Prozent! Das weltweite Bruttosozialprodukt konnte da nicht mithalten. Von 1980 bis 2007 legte es nur um 450% zu. Betrug das Verhältnis zwischen Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen 1980 noch 1 zu 1,2, so war die Relation 2007 auf 1 zu 3,6 angestiegen. Selbst aufgrund eines bereits durch die Finanzkrise um 16 Billionen zurückgegangenen (entwerteten) Finanzvermögens betrug das Verhältnis 2008 immer noch 1 zu 3,0. Im Jahr 2008 hätte die Weltbevölkerung demnach drei Jahre arbeiten müssen, um Güter und Dienstleistungen im Gegenwert des kumulierten Finanzvermögens zu produzieren. Man wollte aber nicht arbeiten, d.h., über eine realwirtschaftliche Produktion, durch den Einsatz von Mensch und Sachkapital, eine langfristige Wertschöpfung generieren, sondern das Anlageziel des durch Umverteilung und Geldschöpfung geschaffenen und konzentrierten Geldes war die kurzfristige Erzielung von zumeist zweistelligen Renditen durch *Spekulation* unter Berücksichtigung eines Leverage-Effektes an den liberalisierten globalen Finanzmärkten. Alles, was sich dazu eignete, wurde zum Handelsobjekt dieses Geldes: Aktien, Währungen, Immobilien, Rohstoffe und ganze oder teilweise aufgekaufte Unternehmen.

„Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmenslust. Aber die Lage wird ernst“, stellte Keynes fest, „wenn die Unternehmenslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird.“ Überhandnehmende Spekulationen und die hieraus kurzfristig gezahlten Renditen sind letztlich nicht durch in der produzierenden Realwirtschaft geschaffene Produktivitäten gedeckt. So können sich die spekulativen Finanzmärkte gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur relativ entkoppeln; völlig lösen können sie sich nicht. Die *Quelle allen Mehrwerts* (Profits, Zinsen sowie Miet- und Pachteinkommen) liegt letztlich in der *Wertschöpfung durch menschliche Arbeit*. An den Finanzmärkten werden Werte verteilt, aber keine realen Werte geschaffen. Und noch etwas Entscheidendes kommt hinzu: Hinter jedem ersparten Überschuss oder auch jeder Geldschöpfung, also hinter jeder Forderung, müssen *Schulden* bzw. Verbindlichkeiten (Kredite) stehen. Wenn ein Euro gespart oder fiktiv geschöpft wird, muss dieser Euro einen Schuldner finden, der dafür Zinsen zahlt. Der Saldo aus Ersparnis und Schulden in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Auslandsaktivitäten ist daher immer gleich Null. Es sei denn eine offene Volkswirtschaft erzielt Exportüberschüsse und das Ausland übernimmt dadurch die Schuldnerposition. Dies ist aber langfristig für alle Länder keine Lösung. Allenfalls kurzfristig für wenige, wie auch für Deutschland, die damit auf Kosten der Länder mit negativen Leistungsbilanzen leben und somit auch einen Export an Arbeitslosigkeit betreiben. Wenn aber zu viel gespartes und durch Geldschöpfung geschaffenes Geld nach *profitablen (spekulativen) Anlagen* (auch im Ausland) sucht, treibt das die *Vermögenswerte in unrealistische Höhen*. Wobei sich der Effekt noch verstärkt, wenn *Manager in den Finanzinstitutionen* an den Anlagen kurzfristig verdienen bzw. wenn sie damit ihre Einkommen (Boni) steigern (maximieren) kön-

nen. Den Gläubigern mit ihren aufgeblähten Finanzvermögen müssen dazu aber hinreichende *solvente Kreditnehmer* (gute Schuldner) gegenüberstehen. Dies ist jedoch völlig unrealistisch, zumal es zuvor zu einer größeren Umverteilung von unten nach oben gekommen ist. So werden schließlich Banken und Finanzinvestoren bei der *Kreditvergabe* immer *risikobereiter* und *spekulativer*. Es kommt realiter sogar zu Anlagebetrug, Bilanzfälschungen, Korruption der Analysten und Aufsichtsinstanzen. Der *Kredit* pervertiert am Ende zur *Handelsware* in Form von völlig intransparenten *Verbriefungen*. Ein massiver Verstoß gegen die *Vertrauensregel* im Bankensektor. Alles dies konnte beim Platzen der US-amerikanischen Finanzmarktblase, mit den so genannten Subprime-Krediten, studiert werden.

## 5. Aus neoliberalen „Brandstiftern“ wurden keynesianische „Feuerwehrlaute“

Es war nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nur eine Frage der Zeit, bis es zum Zusammenbruch, zum großen Crash, kommen musste. Als die ersten faulen Immobilienkredite in den USA nicht mehr bedient werden konnten und am 15. September 2008 die *Investmentbank Lehman Brothers* zahlungsunfähig wurde, war der Punkt erreicht. Die liberalisierten Märkte, insbesondere die „entstaatlichten“ Finanzmärkte, hatten versagt. Kein Politiker traute sich noch, nach den so genannten bzw. angeblichen „Selbsteilungskräften“ des Marktes zu rufen. Die Krise, die fast zur Kernschmelze des kapitalistischen Systems geführt hätte, machte die „neoliberalen Brandstifter“ über Nacht zu „bastard-keynesianischen Feuerwehrlauten“. Die marktradikale Lehre und die daraus folgenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen wurden über Bord geworfen. Der Staat sollte jetzt als „Retter“ des zuvor so gepriesenen weltweit liberalisierten Markt- und Wettbewerbssystems auftreten. *Konjunkturpakete* wurden in einer noch nie da gewesenen Größenordnung zu Lasten weiterer Staatsverschuldung weltweit aufgelegt. Die Geldpolitik begleitete den antizyklischen Kurs mit drastischen *Zinssenkungen*. Selbst ordnungspolitisch völlig verpönte *Verstaatlichungen von Banken* wurden von Neoliberalen vorgenommen. Dies alles war, kurzfristig betrachtet, ohne Alternative. Und dennoch wurde mystifizierend von den Neoliberalen die wahre *Ursache der Krise* ausgeblendet und allenfalls auf *auslösende* und *verstärkende Faktoren* abgeschoben. Insbesondere die „bösen“ US-Amerikaner hätten maßlos über ihre Verhältnisse gelebt. In der Tat haben die USA die Rolle des *weltweit größten Schuldners* angenommen. Wenn man dies kritisiert, dann muss man aber auch seriöserweise die Frage beantworten, wie denn die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwanzig bis dreißig Jahre verlaufen wäre, wenn sie es nicht getan hätten?

## 6. Aus der Krise so gut wie nichts gelernt

Nach der noch nicht beendeten Krise wird sich nicht viel verändern. Es wird zu ein paar wenigen, aber nicht entscheidenden und hinreichenden, international

vereinbarten *Kontrollen an den Finanzmärkten* kommen. Die *Bankenaufsicht* wird ein wenig verschärft und konzentriert werden und bei den *Managergehältern* wird sich die Transparenz unbedeutend erhöhen, ohne die Gehälter und Bonizahlungen wirklich zu beschränken. Anstatt das „Finanzkasino“

- durch ein weltweites Währungssystem, das keine Devisenmarktspekulationen und internationale Zinsarbitragegeschäfte mehr möglich macht, zu kontrollieren,
- und die Spekulationen auf Rohstoffmärkten drastisch einzuschränken,
- sowie Spekulationen mit Finanzderivaten durch Eigenkapitalforderungen bis zu 100% abzusichern
- und Hedge-Fonds, wie in Deutschland bis 2004 der Fall, völlig zu verbieten,

ist das „Kasino“ längst wieder geöffnet. Die vermögenden Spekulanten haben trotz eingetretener Kapitalvernichtung immer noch reichlich vorhandene *Überschussliquidität* und sind längst wieder auf weltweiter Suche nach rentierlicher spekulativer Anlage. Dies zeigen u.a. die *steigenden Aktienkurse*. Was hier dringend fehlt ist eine Finanztransaktionssteuer.

Außerdem sind ein *Linkskeynesianismus* und ein „*Langfrist-Keynes*“ notwendig. Diese könnten durch Umverteilung von oben nach unten die überschüssige Sparliquidität der Vermögenden abschöpfen. Der *Tarifpolitik* kommt dabei eine wesentliche Rolle zu. Die realen Löhne und Gehälter müssen mindestens produktivitätsorientiert steigen. Zusätzlich sind die abhängig Beschäftigten an den Gewinnen und am Kapital der sie beschäftigenden Unternehmen zu beteiligen. Der Staat muss einen allgemein verbindlichen *gesetzlichen Mindestlohn* einführen, und der öffentliche Sektor als auch die private Wirtschaft müssen die *Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzen*, ansonsten wird es in Deutschland keine Vollbeschäftigung mehr geben – mit allen negativen sozialen und ökonomischen Folgen. Durch *staatliche Finanzpolitik* ist außerdem eine höhere Steuer- und Staatsquote umzusetzen, damit mehr öffentlicher Konsum und Investitionen in Richtung Bildung und ökologischem Umbau sowie in mehr öffentliche Beschäftigung fließen können. Und nicht zuletzt muss endlich die Wirtschaft *demokratisiert* und das „*Investitionsmonopol des Kapitals*“ durch eine gleichberechtigte paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten in den Unternehmen aufgehoben und zusätzlich eine drastische *Beschneidung unternehmerischer Marktmacht* an den Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten eingeleitet werden.

Die herrschende Politik ist aber zu alledem nicht bereit. Vor allem nicht zu einer Steuerpolitik, die die gigantischen (kurzfristig notwendigen) krisenbedingten Zunahmen an Staatsverschuldungen durch eine *Belastung der Vermögenden* wieder zurückführt bzw. die Überschussliquidität, das „Übersparen“, endgültig abschöpft. Im Gegenteil: Trotz europäischer und deutscher „*Schuldenbremsen*“ wollen viele Neoliberale noch die Steuern senken und dabei die „Schuldenbremsen“ als Instrument benutzen, um gleichzeitig den *Sozialstaat* weiter abzubauen. Die Krisenlasten will man so den Umverteilungsverlierern von schon vor der Krise aufbürden. Sie werden somit zu doppelten Verlierern einer menschenverachtenden und ökonomisch gefährlichen neoliberalen Politik gemacht.